

Liebe Leserinnen und Leser,

„Quo vadis, Südafrika?“; diese Frage lag nicht nur dem ersten „Let’s talk ...“-Gespräch in diesem Jahr mit dem südafrikanischen Anwalt und Mediator Brian Currin zugrunde, sondern prägt auch explizit oder indirekt die meisten Artikel in dieser Ausgabe unseres Newsletters. So wie es aussieht, wird sie uns auch noch lange begleiten. Denn Präsident Cyril Ramaphosa scheint weiterhin weder gewillt noch in der Lage zu sein, wie von den Südafrikanern erwartet, das Ruder herumzureißen. Die Folgen für die Bevölkerung und die Wirtschaft in allen Sektoren sind fatal.

Ich schreibe diesen Beitrag in Kapstadt, wo die Bevölkerung, wie überall im Land, an manchen Tagen mit insgesamt 10 Stunden Stromabschaltungen leben muss und die Betriebe mit erheblichen Produktivitätsproblemen zu kämpfen haben. Gleichzeitig wächst die Jugendarbeitslosigkeit weiter stark an. Manche Beobachter sehen die Schwelle von über 70 % überschritten und befürchten soziale Unruhen. Außerdem könnte es zu erneuten xenophoben Ausschreitungen angesichts des weiterhin anhaltenden Zustroms von Wirtschaftsmigranten aus vielen Ländern Subsahara-Afrikas kommen. Dem Land stehen also noch schwierigere Zeiten bevor.

Jedoch gibt es auch positive Signale: Eine hohe Anzahl von Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften usw. und Einzelpersonen hat sich Anfang Februar 2023 in einer Kirche in Kapstadt getroffen und unter ausdrücklichem Bezug auf die Anti-Apartheitsbewegung *United Democratic Front* (UDF) dazu aufgerufen, im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2024 die Freiheits- und Bürgerrechte aller Südafrikaner aktiver denn je zu verteidigen.

Auch der „*Rivonia-Circle*“, der vor allem unzufriedene Bürger aus dem schwarzen Mittelstand anspricht, will gegen die Korruption und die zunehmende Unfähigkeit des ANC, das Land aus den vielen Krisen zu führen, vorgehen. Doch selbst wenn dies zur Bildung einer neuen Partei führen sollte, hat sich bei den letzten Wahlen immer wieder gezeigt, dass die Wahlergebnisse solcher kurz vor dem jeweiligen nächsten Urnengang erfolgten Neugründungen zumeist im niedrigen einstelligen Bereich geblieben sind; Ausnahme waren die *Economic Freedom Fighters* (EFF) unter *Julius Malema*.

Bei einer interessanten Tagung zum Thema „Desinformation und Cyber-Kriminalität“ in Kapstadt konnte ich erkennen, auf welch hohem Niveau Unternehmen und Zivilgesellschaft mit diesen Herausforderungen umgehen. Daneben zeigte sich in Gesprächen mit Vertretern von Vereinigungen aus dem konservativen Spektrum, dass sie sich um mehr Einigkeit und um konstruktive Beiträge zur Problemlösung in diesen schwierigen Zeiten bemühen. Auf nationaler Ebene wollen sie, nicht zuletzt mit Blick auf die als notwendig angesehene künftige Koalitionsbildung, versuchen, mit dem ANC ins Gespräch zu kommen, um zu verhindern, dass dieser eine Verbindung mit den EFF eingeht. Es besteht insofern Interesse, von den deutschen Erfahrungen mit Koalitionen zu lernen.

In diesem Sinne grüßt Sie sehr herzlich

Ihr Hans-Werner Bussmann



In dieser Ausgabe:

Geleitwort
Von Hans-Werner Bussmann

**State of the Nation Address
und Budgetrede**
Von Klaus Brückner

**Wo steht Südafrika angesichts
des Krieges in der Ukraine?**
Von Hans-Werner Bussmann

**Load Shedding for ever:
Schafft ESKOM die Wende?**
Von Peter Conze

Quo vadis Südafrika?
Von Hans-Werner Bussmann

Was sonst noch wichtig war
Von Klaus Brückner

**Deutsch-Südafrikanisches
Forum e.V.**

www.desafor.de

Kontakt:
info@desafor.de

Adresse:
DeSaFor
c/o K. Brückner
Ringstraße 101b
12203 Berlin



Präsident Cyril Ramaphosa

State of the Nation Address und Budgetrede

Von Klaus Brückner

Ramaphosas SONA - Kein Befreiungsschlag

Die südafrikanische *Presidency* schürte die Erwartungen mit einem „count down“ auf den 9. Februar 2023, und die Presse erging sich in Spekulationen über „Befreiungsschläge“ und Kabinetttumbildungen. Die Latte der Erwartungen an *Präsident Ramaphosa* für die diesjährige „State of the Nation Address“ (SONA) vor dem Parlament und mit einer Live-Übertragung im Fernsehen lag hoch. Und das nicht ohne Grund. Schließlich hatte der ANC-Präsident wenige Tage vor dem für seine politische Zukunft entscheidenden Nationalkongress seiner Partei Mitte Dezember 2022 an Rücktritt gedacht. Entgegen seinen Erwartungen war gegen ihn ein Ermittlungsverfahren zu möglichen Devisenvergehen eröffnet worden ([vgl. Newsletter Dez. 2022](#)).

Beraten von engen Weggefährten entschied er sich aber, den Machtkampf im tief gespaltenen ANC aufzunehmen – mit Erfolg. Mit seinem überraschend deutlichen Sieg bei der Wiederwahl als Parteivorsitzender und nunmehr klaren Mehrheiten seiner Gefolgsleute in der siebenköpfigen Parteispitze (TOP Seven) und im mächtigen *National Executive Committee* (NEC) ist seine Position im ANC anderthalb Jahre vor den für die Partei schicksalhaften Parlamentswahlen deutlich gestärkt. So wurde von vielen Beobachtern erwartet, dass der Präsident die SONA nutzt und seine neue Machtposition mit „robusten Entscheidungen“ verdeutlicht:

Personell für eine entschiedene Umbildung seines Kabinetts und politisch für ein Programm mit klaren Zielen und Maßnahmen, mit denen er den bislang negativen Trend für den ANC bei den Wahlen im Frühjahr 2024 aufhalten oder gar umkehren könne. Damit wurde die SONA zu einer Art „Wendepunkt“ der bislang eher enttäuschenden Präsidentschaft *Ramaphosas* hochstilisiert und entsprechend mit großem protokollarischem Aufwand zelebriert.

Doch es kam anders: Bereits bei den ersten Begrüßungsworten starteten die Abgeordneten der einheitlich in orangenen Overalls gekleideten Abgeordneten der linksradikalen *Economic Freedom Fighters* (EFF) eine von ihrem Vorsitzenden Julius Malema orchestrierte Salve von Geschäftsordnungsanträgen und lautstarken Debatten mit der Parlamentspräsidentin *Thandi Modise*. Deren Appelle, der Würde des Hauses und dem Präsidenten Respekt zu zollen, blieben ungehört. Schließlich schloss die Präsidentin die gesamte EFF-Fraktion von der Sitzung aus und ließ sie vom Sicherheitspersonal aus dem Saal drängen.



Abgeordnete der EFF im Parlament

Für einen Politiker wie *Ramaphosa*, der um seine politische Rolle und Zukunft kämpft, wäre das durchaus ein gutes Szenario gewesen, um den Anwesenden im Saal und Millionen Menschen vor den Bildschirmen mit rhetorischer Stärke seine politische Kraft zu demonstrieren. Das aber lässt das Protokoll des Parlaments bei Regierungserklärungen nicht zu, und so blieb ihm nur, den Regieanweisungen der Parlamentspräsidentin zu folgen und sich in seiner Rede an den vorbereiteten Text zu halten.

Allerdings: Diese Rede zur Lage einer geteilten und verwundeten Nation enthielt auch wenig Substanz für einen kämpferischen Auftritt und war keinesfalls der von vielen erhoffte Befreiungsschlag. Sowohl inhaltlich als auch rhetorisch entsprach sie dem bekannten Kommunikationsmuster des unverändert vorsichtig agierenden Politikers *Cyril Ramaphosa*

- als ein Staatspräsident, der die Probleme seines Landes zwar umfassend analysieren und Lösungen entwickeln kann, der jedoch zu wenig Entschlusskraft für deren Umsetzung zu haben scheint;
- als ein reformwilliger Regierungschef, der es auf allen staatlichen Ebenen und bei den Staatsbetrieben der „kritischen Infrastruktur“ mit maroden Strukturen und massiven Widerständen größtenteils unqualifizierten und oft korrupten Personals zu tun hat, die er glaubt, nicht ohne Risiken und Konflikte überwinden zu können;
- als ein Parteichef, dem auch in seiner neu gestärkten Position bewusst ist, dass mit dem Sieg „seines Flügels“ über die extremen Kräfte in der Partei die tiefe Zerrissenheit des ANC keineswegs überwunden ist.

Eine ernüchternde Bilanz und trübe Aussichten

Ramaphosa stellte seiner SONA den Gedanken voran, dass sich die von der Apartheid befreite Nation Südafrika historisch über „Hoffnung und Widerstandsfähigkeit“ (*hope and resilience*) definiert. Wenn man diesen wohl eher motivierend gemeinten Leitgedanken einer Rede zur aktuellen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage Südafrikas jedoch kritisch würdigt, ist man versucht, ihn eher als Eingeständnis des Scheiterns und zugleich als Appell an die Südafrikaner zu interpretieren, auch fast 30 Jahre nach Überwindung der Apartheid die Erwartungen an das vom ANC versprochene „better life for all“ nicht allzu hoch zu schrauben. Dabei konnte der Präsident in der SONA durchaus auf einige Ergebnisse und positive Trends verweisen (den gesamten Text finden Sie [hier](#)).

Aber er blieb bei nahezu allen Themen bei dem hinlänglich bekannten Muster, zu angekündigten Vorhaben nur vereinzelt konkrete Ergebnisse zu berichten und im Übrigen darauf zu verweisen, dass sich vieles noch ‚im Prozess‘ oder in der Planung befinde. Das gilt für die eigentlich vereinbarten Investitionen der Privatwirtschaft, bei der Förderung von Unternehmensgründungen - insbesondere für Frauen- bei Ausbau und Reparatur von Infrastruktur oder bei der generellen Verbesserung staatlicher Dienstleistungen für Wirtschaft und Bürger*innen einschließlich des Abbaus bürokratischer Hürden.

Es fehlt nach wie vor insbesondere an konkreten Schritten und Zielhorizonten, an einem „großen Wurf“ mit dringend notwendigen Verbesserungen an Infrastruktur und Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, um das Land wieder auf einen stabilen Wachstumspfad zurückzubringen. Nur so können die unabdingbaren Voraussetzungen für mehr Beschäftigung, für die Überwindung der Armut und für die Finanzierung sozialer Dienst- und Transferleistungen geschaffen werden. Auch das von *Ramaphosa* schon mehrfach angekündigte zentrale Vorhaben des Abschlusses von „Social Compacts“ ist bislang nicht ansatzweise realisiert. Zwar geht der Präsident unverändert davon aus, dass alle Beteiligten aus Wirtschaft, Arbeitnehmerschaft und Zivilgesellschaft nach wie vor interessiert und bereit sind, sich auf Regeln und Maßnahmen zur nachhaltigen Überwindung struktureller Defizite und für den sozialen Frieden in einem von massiver Ungleichheit geprägten Land zu verständigen. Ob sich dies aber im letzten Jahr vor den Wahlen noch ermöglichen lässt, darf wohl bezweifelt werden. Mit bislang nicht gekannter Deutlichkeit spricht der Präsident die Themen Kriminalität und Korruption an. Seine wichtigste Botschaft in diesem Zusammenhang ist die personelle Verstärkung der Polizeikräfte zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalttaten und Eigentumsdelikten, wie großangelegten Diebstählen von Kupfer und anderen Metallen insbesondere im Energieversorgungssystem.

Die zunehmende Gewalt gegen Frauen und Kinder dagegen ist nach Auffassung des Präsidenten nicht allein durch Polizeikräfte einzudämmen, sondern bedarf klarer gesetzlicher Schutzbestimmungen, sozialer Absicherung und einer aktiven Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen.

Bei der Bekämpfung der Korruption berichtet er über die Fortschritte der Strafverfolgungs- und Steuerbehörden, unrechtmäßig erworbene Gelder wieder zurückzuholen. Im Übrigen beschränkt er sich auf die ebenfalls mehrfach gemachte Zusage, alles zu unternehmen, die im ZONDO-Bericht über „State Capture“ genannten Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die größten Gefahren für Südafrika und „der Elefant im Raum“

Es gibt gute und nachvollziehbare Gründe, warum die Ankündigungen der letztjährigen SONA nicht im erwarteten Maß realisiert wurden. Der Präsident verweist zu Recht auf die COVID19-Pandemie und ihre Folgen für die nationale und globale Wirtschaft, auf die massiven Unruhen in weiten Teilen des Landes Mitte 2021, entstandene Verwüstungen durch Flutkatastrophen im vergangenen Jahr und aktuell verursachte Schäden sowie, nicht zuletzt, auf die globale Wirtschaftsentwicklung und die auch in Südafrika spürbare hohe Inflation.

Ramaphosa benennt aber auch die „hausgemachten Ursachen“, indem er zutreffend und in ungewöhnlicher Klarheit am Ende des innenpolitischen Teils der SONA formuliert, dass die größten Schwächen des Landes die staatseigenen Betriebe (*State Owned Enterprises, SOE*) und die Kommunen (*Local Government*) seien. Auch wenn diese keineswegs selbstverständliche Offenheit allen Respekt verdient, so ist sie letztlich doch auch ein Eingeständnis eigener Zögerlichkeit. Dass viele Kommunen -die für die Bürger nächste und wichtigste staatliche Ebene- ihre zentralen Dienstleistungsaufgaben schlecht oder gar nicht erfüllen, ist seit langem offenkundig.

Inzwischen gelten laut *Ramaphosa* 163 von 257 Gemeinden als „*disfunctional*“, eine Entwicklung, die nicht von heute auf morgen entstanden ist und gegen die viel zu spät und viel zu wenig unternommen wurde. Das gilt auch für den zunächst schleichenden, aber immer offensichtlicheren und kaum mehr aufzuhaltenden Niedergang der für die kritische Infrastruktur verantwortlichen und damit systemrelevanten staatlichen Unternehmen.

Die im Jahr 2022 mit 2,5% zwar etwas stärker als befürchtet, aber immer noch viel zu gering gewachsene Wirtschaft und die durchschnittlich mit nur rund 1,4 % erwarteten Wachstumsraten der kommenden 3 Jahre geben den Arbeitsmarktzahlen zum Ende des III. Quartals 2022 ein besonderes, alarmierendes Gewicht:

Offiziell arbeitslos waren 32,9% oder rund 8 Millionen Menschen; die Arbeitslosenrate nach „erweiterter Definition“ betrug sogar rund 43,1%. Die Jugendarbeitslosigkeit (15 bis 34 Jahre) betrug offiziell 46,5%, tatsächlich eher ca. 60%. Dabei sind die Wirkungen öffentlicher Beschäftigungsprogramme bereits berücksichtigt.

Als Schwierigkeiten bereits zuvor bekannt, entwickelten sich in der Zuma-Ära „*Cadre Deployment*“, also die Besetzung nach Parteizugehörigkeit anstelle von Qualifikation, und „*State Capture*“, die Ausbeutung des Staates durch Funktionsträger, zu massiven Problemen und das bei den Hafenterminals, bei der Fracht- und Personeneisenbahn, bei Straßenbau und -unterhaltung und, nicht zuletzt, durch die seit mindestens 15 Jahren erkennbare technische und wirtschaftliche Abwärtsspirale des einst im gesamten südlichen Afrika renommierten Energiekonzerns ESKOM. Zur objektiven Betrachtung dieser Entwicklung gehört auch, dass diese Probleme während der vierjährigen Regierung *Ramaphosas* (und zuvor während seiner Vizepräsidentschaft) viel zu spät und zu wenig beherzt angepackt wurden. Jetzt sollen es ein *Presidential State Owned Enterprises Council* und eine Holding richten.

Der Präsident macht damit ein weiteres zentrales Problem zur Chefsache und nimmt für dessen Lösung die *Presidency* gemeinsam mit der National Treasury in die Pflicht. Darüber hinaus kündigte er an, dass er den im vergangenen Jahr vorgestellten fünfstufigen Aktionsplan zur Bewältigung der Energiekrise und zur Neuordnung der Energieversorgung umsetzen werde. Dazu gehören auch die Beschleunigung des Ausbaus *Erneuerbarer Energien* (EE) und von dezentralen, auch privaten Produktions- und Netzstrukturen mit Nachdruck zu realisieren. Eine Übersicht der in der SONA angekündigten Vorhaben und Maßnahmen finden Sie [\(hier\)](#).

ESKOM – „the big elephant in the room“

Präsident *Ramaphosa* und Finanzminister *Godongwana* konnten sich beim Thema ESKOM größter Aufmerksamkeit für ihre Reden gewiss sein. ESKOM hat, so wissen beide, in der Tat das Potenzial, in dem zwar von der Apartheid befreiten, aber immer noch fragilen Südafrika als „großer Elefant viel Porzellan zu zerschlagen“.



„Es wird schlechter“ Schlagzeilen in Südafrika

Angesichts der jüngst noch einmal dramatisch verschärften Versorgungsengpässe erwartete deshalb ganz Südafrika klare Aussagen, wie die Regierung das Problem „*Load Shedding*“ lösen will.

Außerdem wurden klare Ansagen erwartet, was mit dem vor 100 Jahren als „*Electricity Supply Commission*“ (ESKOM) gegründeten Stromproduzenten und Netzbetreiber gesehen soll, um die immer schwerer zu er-

tragende Situation in den Griff zu bekommen. Präsident *Ramaphosa* machte in der SONA den „Aufschlag“:

Er stellte zur Sicherung der vom völligen Zusammenbruch bedrohten Energieversorgung den Katastrophenfall „*National state of Disaster*“ fest und kündigte die Ernennung eines Ministers für Elektrizität in der *Presidency* an, der sich ausschließlich um die Sanierung von ESKOM kümmern soll (s. Hintergründe und Details im Artikel: „*Load Shedding for ever: Schafft ESKOM die Wende?*“).

Godongwanas Budget 2023/2024 – „Business as usual“

Dem Finanzminister war es überlassen, in seiner Budgetrede zwei Wochen später die Details zur finanziellen Sanierung des Staatsbetriebes bekannt zu geben. Mit einem Schuldenschnitt, so der Plan, soll ESKOM ein finanzieller Spielraum für die dringend notwendigen Reparaturen an den Kraftwerken und am Netz sowie für Investitionen in die Transformation zu EE verschafft werden. Der staatseigene Betrieb ESKOM mit weit über 40 000 Arbeitnehmer*innen hängt seit 2008 am Tropf des Staatshaushaltes.

Rund 260 Mrd. Rand mussten in den letzten 15 Jahren aus dem Haushalt für den seither nicht mehr profitablen und zunehmend leistungsschwachen Betrieb bereitgestellt werden. ESKOM hat zudem noch weitere rd. 423 Mrd. Rand Kapitalmarktkredite aufgenommen, für die Staatsgarantien in Höhe von 337 Mrd. Rand bestehen, und hat darüber hinaus einen massiven Zahlungsrückstand bei fälligen Zinsen.

Finanzminister *Godongwana* wird ESKOM über die nächsten drei Haushaltsjahre mit Direktzahlungen aus dem Budget zur Ablösung der Schulden in Höhe von insgesamt 184 Mrd. Rand (rd. 44% der Gesamtschulden) entlasten und zudem im Jahr 2025/26 bis zu 70 Mrd. Rand des ESKOM Kreditportfolios unter strikt einzuhaltenden Bedingungen übernehmen.

Dazu hat er einen speziellen Gesetzesentwurf eingebracht [\(hier\)](#).

Zudem will die Treasury sich bemühen, zumindest Teile der inzwischen auf rund 56 Mrd. Rand bezifferten Forderungen von ESKOM gegenüber den kommunalen Stromkunden zu realisieren. Das Finanzministerium hat überdies eine internationale Expertenkommission gebeten, bis Mitte 2023 den Zustand und Betrieb der ESKOM Kraftwerke zu begutachten und Vorschläge zur Optimierung vorzulegen. Mitglieder dieses Konsortiums sind laut Auskunft des für die staatlichen Betriebe verantwortlichen Abteilungsleiters in der National Treasury, *Ravesh Rajlal*, der in Essen ansässige internationale Verband VGBE Energy sowie die ebenfalls in Essen ansässigen Unternehmen KWS Energy, RWE Technology und Steag Energy sowie die Dornier Power & Heat GmbH, Berlin.

Abgesehen von diesem durchaus bemerkenswerten Schuldenschnitt für ESKOM bot die Haushaltsrede [\(hier\)](#) des betont sachlich auftretenden Finanzministers *Enoch Godongwana* keine Überraschungen.



Finanzminister Enoch Godongwana

Südafrika kann nach einem noch durchaus überraschend hohen Wachstum von 2,5% im Jahr 2022 mit seinen vom IMF prognostizierten Wachstumserwartungen über die nächsten 3 Jahre mit durchschnittlich 1,4% nur eine deutlich niedrigere Steigerung erwarten. Die Inflation scheint jedoch ihren Höhepunkt erreicht zu haben, verbleibt aber auch in Südafrika mit 4,7% bis 5,3% in den kommenden 3 Jahren auf relativ hohem Niveau.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen erlauben zudem keine wachstumsschädlichen Steuererhöhungen und ebenso keine signifikanten Erhöhungen der ohnehin stark kreditfinanzierten konsumtiven Haushaltsansätze.

Mit seiner Feststellung, dass das Haushaltsjahr 2022/23 trotz höherer Ausgaben gegenüber den letzten Prognosen wegen gesteigener Steuereinnahmen mit einem etwas geringeren Defizit (4,2% statt 4,6% des Bruttoninlandsprodukt, BIP) abgeschlossen habe, fand der Minister einen guten Einstieg in seine Rede. Trotz der nur geringen Steigerungen in den nächsten Jahren dürfte sich die „Lücke“ zwischen Einnahmen und Ausgaben bis zum Haushalt 2025/26 weiter auf 3,2% des BIP verringern. Allerdings wird sich durch die nun entschiedene teilweise Entschuldung von ESKOM die angestrebte Konsolidierung der Gesamtverschuldung des Staates noch einmal verzögern: Die Marke von 70 % des BIP wird nun erst im Haushalt 2028/2029 anstatt wie bisher geschätzt im Haushalt 2025/26 erreicht werden. Zudem steigen die Kosten für den Schuldendienst von bislang 307,2 Mrd. Rand auf fast 400 Mrd. Rand im Haushalt 2025/26, was den Finanzminister auch in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich zur Ausgabendisziplin mahnen ließ.

Auf der Einnahmeseite konnte der Finanzminister Entwarnung mit Blick auf befürchtete Steuererhöhungen geben, kündigte aber in seiner gewohnt humorvollen Art geringfügige inflationsbedingte Erhöhungen von Verbrauchssteuern für Genussmittel (*Sin Tax*) an, u.a. 10ct für eine Dose Bier, 18 ct für eine Flasche Wein und 98ct für eine 20er-Zigarettenpackung.

Die Steuern für Benzin und Diesel bleiben unverändert und die Dieselsubvention für Farmer wird verlängert. Steuererleichterungen für die Investitionen in EE in Privathaushalten und für Unternehmen im Umfang von rd. 9 Mrd. Rand sollen einen Beitrag zur Reduzierung des fossilen Energieverbrauchs leisten.

Die inflationsbedingten Mehrbelastungen sollen durch entsprechend erhöhte Grundfreibeträge bei den Einkommensteuern abgefangen werden. Auf der Ausgabenseite sind die Spielräume des Haushaltes massiv durch den um mehr als 10% gegenüber dem Vorjahr auf 340 Mrd. Rand gestiegenen Schuldendienst weiter beschränkt.

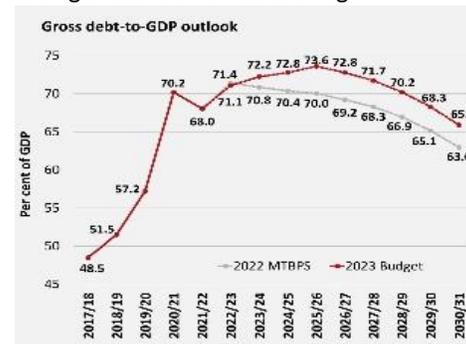
So wurden bisherige Haushaltsansätze ‚überrollt‘. Sie sind also gleichgeblieben (Gesundheit, Frieden und Sicherheit) oder mit Steigerungsraten zwischen 2,4% und 7,2% eher bescheiden ausfallen.

CONSOLIDATED GOVERNMENT EXPENDITURE BY FUNCTION					
Billion	2022/23	2023/24	2024/25	2025/26	2022/23–2025/26
	Revised estimate	Medium-term estimates			Average growth
Learning and culture	446.7	457.1	476.5	497.3	3.6%
Health	259.4	259.2	268.9	281.3	2.7%
Social development	357.8	378.5	361.3	357.0	-0.1%
Community development	230.0	259.7	276.2	289.9	8.0%
Economic development	221.8	237.6	259.3	277.1	7.7%
Peace and security	227.8	227.3	236.3	247.4	2.8%
General public services	71.7	73.6	74.1	76.9	2.3%
Payments for financial assets	46.3	4.1	3.6	3.9	
Allocated expenditure	1 861.6	1 897.1	1 956.2	2 030.8	2.9%
Debt-service costs	307.2	340.5	362.8	397.1	8.9%
Contingency reserve	–	5.0	5.0	5.0	
Unallocated reserve	–	–	35.7	44.5	
Consolidated expenditure	2 168.8	2 242.6	2 359.7	2 477.4	4.5%

Einzige Ausnahme mit einer Steigerung von fast 13% gegenüber dem Vorjahr auf rund 260 Mrd. Rand sind die Zuweisungen im Bereich „Community Development“ zu dem die Kommunalfinanzierung, der Wohnungsbau, das öffentliche Transportwesen und der Ausbau und die Unterhaltung der Wasser- und Energieinfrastruktur gehören.

Die Sozialleistungen werden nahezu durchgängig um rd. 100 Rand/Monat erhöht (z.B. Altersgeld und Pflegegeld von 1.985 Rand auf 2.085 Rand) und der während der Pandemie gezahlte Sozialzuschuss für bestimmte Bedürftige wird um ein Jahr bis März 2024 verlängert. Ein wichtiges Thema für den Finanzminister sind die Gehälter des öffentlichen Dienstes.

Das vorgelegte Budget umfasst nun die in 2022 vereinbarten Tarife sowie einige zusätzliche soziale Leistungen für öffentlich Bedienstete und eine – allerdings aus guten Gründen nicht näher bezifferte – Gehaltserhöhung für 2023, die aber wohl deutlich unter den gegenwärtig erhobenen hohen Forderungen der Gewerkschaft liegt.



Hier warnt *Godongwana*, dass eine höhere als die eingeplante Steigerung nur gegen Einsparungen an anderen Stellen des Haushalts möglich sei. Die „Highlights“ des Budgets finden Sie [hier](#) und weitere Daten und Fakten zu Südafrikas Wirtschaft und zum Haushalt [hier](#).

Wenig Zeit bis zu den Wahlen 2024

Letztlich wird das Ergebnis der Wahlen in etwas mehr als einem Jahr zeigen, ob der Präsident und seine – möglicherweise in diesen Tagen neu zusammengesetzte – Regierung mit den in der SONA und in der Haushaltsrede angekündigten Vorhaben noch rechtzeitig eine Trendwende für den ANC eingeleitet haben.

Für den außenstehenden Beobachter, aber auch für die meisten Kommentatoren in der sehr aufmerksamen und meist konstruktiv kritischen Presse des Landes ergeben sich dafür allerdings nur wenig Anzeichen.

Einig ist man sich aber darin, dass es bei aller begründeten und berechtigten Kritik für *Cyril Ramaphosa* als Staats- und Regierungschef und wohl auch für *Enoch Godongwana* als Finanzminister derzeit in Südafrika keine besseren Alternativen gibt – derzeit und vermutlich auch nicht nach den Wahlen.

Wo steht Südafrika angesichts des Krieges in der Ukraine?

Von Hans Werner Bussmann

Noch am Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine am 24.02.2022 veröffentlichte das südafrikanische Außenministerium eine Erklärung, in welcher der sofortige Rückzug der russischen Truppen unter Verweis auf die Pflicht zur Regelung von Konflikten mit friedlichen Mitteln, wie in der VN-Charta vorgesehen, gefordert wurde. Südafrika unterstreiche die Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität von Staaten. Verbunden wurde dies mit der Forderung, sich mit intensiveren diplomatischen Anstrengungen verstärkt um De-Eskalierung und eine friedliche Konfliktlösung im Geiste einer Kompromisslösung zu bemühen.

Binnen 48 Stunden wurde die Außenministerin *Nandeli Pandor* jedoch „zurückgepfiffen“. Lokale Beobachter gehen davon aus, dass ihre vorgenannte Erklärung Präsident *Ramaphosa*, aber auch anderen „Granden“ im ANC und der *South African Communist Party* (SACP) nicht gefallen haben, weil sie darin eine zu explizite Verurteilung der russischen Aggression sahen. Zwar wurde im weiteren Verlauf der Rückzug der russischen Truppen gefordert, jedoch jetzt lediglich von Konfliktdeeskalation gesprochen und alle Parteien aufgerufen, die diplomatischen Bemühungen wieder aufzunehmen, um eine Lösung für die von Russland vorgebrachten Bedenken zu finden. Präsident *Ramaphosa* soll in einem Gespräch mit Putin

den russischen Angriff wegen der Ausweitung der NATO bis an die Grenzen Russlands als gerechtfertigt bezeichnet haben.

Bei der Verurteilung des russischen Angriffs auf die Ukraine in der VN-Generalversammlung vom am 02.03.2022 enthielt sich Südafrika wie etwa die Hälfte der afrikanischen Staaten ebenfalls. Russland versucht seither vor allem in Afrika, westliche Isolationsversuche zu konterkarieren.

Mehrfache Besuche auf dem Kontinent, von manchen Beobachtern als „Charme-Offensive“ des russischen Außenministers *Lawrow* bezeichnet, die selbst das winzige *Königreich Eswatini* (früher Swaziland) einbezog, knüpften häufig an russische Unterstützung in der Zeit der Dekolonialisierung an.

Der mit einigem Aufwand zur Schau gestellte und von großer Herzlichkeit geprägte Besuch des russischen Außenministers *Lawrow* in Südafrika am 23.01.2023 verdeutlichte die Bereitschaft seiner Gastgeber, daran anzuknüpfen.

Die bilaterale Zusammenarbeit soll vor allem in den Bereichen Atomenergie, friedliche Nutzung des Weltraums, bei Infrastrukturmaßnahmen und der Herstellung von „mehr Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen“ vertieft werden. Die russischen „Spezialoperationen“ (auch *Nadeli Pandor* vermeidet das Wort „Krieg“) seien intensiv behandelt worden, wobei *Lawrow* „den unabhängigen, ausgeglichenen und wohlbedachten Ansatz der südafrikanischen Freunde“ lobend herausstellte.



Der russische AM *Lawrow* und die südafrikanische AMn *Pandor*

Der Besuch werde den bilateralen Beziehungen weiteren Schwung in vielen Bereichen verleihen. Der fast zeitgleiche Besuch der US-Finanzministerin *Janet Yellen*, verbunden mit Förderzusagen für Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels in Höhe von 8,5 Mrd. USD über die nächsten 5 Jahre, fand hingegen deutlich weniger regierungsmäßige Aufmerksamkeit.

Mit dem Just Energy Transition-Programm fördern die USA, Frankreich, das Vereinigte Königreich, Deutschland und die EU insbe-

sondere den Übergang von der Kohleförderung und -verbrennung in Kraftwerken hin zu einem raschen Umstieg auf *Erneuerbare Energie* (EE).



Gemeinsames Flottenmanöver

Kein Wunder also, dass sich die Außenminister *Lawrow* und *Pandor* die Kritik der südafrikanischen Opposition an dem zweiten Flottenmanöver „MOSI“ im Februar 2023, an dem neben den russischen Kriegsschiffen erstmals auch chinesische Verbände teilnehmen, verbat.

Sie konnten u.a. darauf hinweisen, dass es in der Vergangenheit auch schon Manöver mit Frankreich, den USA und Deutschland (bis Mitte der 2010er Jahre im Zweijahresabstand) gegeben habe. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Südafrika am Manöver nur mit Patrouillenbooten beteiligt ist, da die 4 Korvetten und 4 U-Boote, die u.a. von Deutschland geliefert wurden, nicht seetüchtig sein sollen.

Zunehmende Distanz zum globalen Westen

Sozialministerin *Lindiwe Zulu*, die selbst sieben Jahre in Moskau studiert hat, verwies schon kurz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine auf die traditionell engen Beziehungen der südafrikanischen Regierung, des ANC und seines Führungspersonals mit Russland (als Nachfolgestaat der Sowjetunion) aus den Zeiten des Anti-Apartheidkampfes.

Die Bewertung des Kriegs in der Ukraine dürfe nicht zu einem Bruch mit Südafrikas Freunden in der russischen Regierung führen. Im August 2022 nahm Südafrikas Verteidigungsministerin *Thandi Modise* an einer Sicherheitskonferenz in Moskau teil.

Sie verteidigte dies anschließend im südafrikanischen Parlament damit, dass „beide Länder herzlich miteinander verbunden“ seien und ihr Besuch dazu gedient habe, „Südafrikas Position hinsichtlich der Notwendigkeit, Frieden und Sicherheit aufrechtzuerhalten“ zu verdeutlichen. Auf die Frage im Parlament, was aus ihrer Sicht der Grund für die russische Invasion gewesen sei, meinte sie: „Ich weiß, was immer der Grund ist, er muss auf die NATO sowie das Unvermögen der VN zurückgeführt werden, einzuschreiten, wenn dies erforderlich gewesen wäre.“

In ihrem Gespräch mit *Sergej Lawrow* meinte *Nandeli Pandor*, dass angesichts der massiven Waffenlieferungen des Westens es zu simpel und infantil wäre, wenn Südafrika (nur) Russland zum Rückzug aufforderte.

Warum driftet Südafrika weg vom Westen?

Was sind die wahrscheinlichen Gründe für die sich schon länger abzeichnende Distanzierung der afrikanischen Staaten vom Globalen Westen? Wie in vielen afrikanischen Staaten gibt es auch in Südafrika eine weit zurückreichende, in jüngster Zeit zunehmende anti-westliche Grundhaltung.

Diese hat ihren Ausgangspunkt u.a. in der westlichen Dominanz im internationalen Handel und bei Direktinvestitionen sowie beim Abschluss von Abkommen über Entwicklungshilfe.

Bei der Aushandlung der Nachfolgeabkommen zum Kooperationsabkommen von Cotonou sei die EU wenig sensibel vorgegangen. Ferner wird auf viele andere Ursachen verwiesen: die Verwicklung in den Tod *Muammar al Gaddafis*, die nicht ausreichende Unterstützung des Kampfes gegen islamistische Gruppierungen in der Sahel-Zone, das fehlende Einwirken auf den Bürgerkrieg in Äthiopien oder im Süd-Sudan, die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Despoten trotz schwerster Menschenrechtsverletzungen in den betroffenen Ländern.

Kein Wort von offizieller südafrikanischer Seite zu den barbarischen russischen Angriffen in der Ukraine mit unzähligen zivilen Opfern und bewusster Zerstörung notwendiger Infrastruktur.

Vielmehr wird dem Westen vorgeworfen, der Rekurs auf die Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine grenze an Heuchelei. Immer wieder wird das alles auf den „US geführten Neo-Imperialismus der NATO und ihrer Mitgliedstaaten“ zurückgeführt.

Bis heute vermeidet die südafrikanische Regierung offene Kritik an den autoritären Regimen in ihrer Nachbarschaft wie z.B. in Zimbabwe, Eswatini, in der Zentralafrikanischen Republik oder am brutalen Auftritt von Söldnern der russischen Gruppe „Wagner“ in vielen afrikanischen Ländern.

Ebenso wenig werden die starke Ausdehnung der Interessensphären Chinas (Stichwort Neue Seidenstraße, Kauf und Pacht von Großfarmen) und die damit teilweise einhergehende forcierte Überschuldung durch nicht immer sinnvolle Infrastruktur- und Prestigeprojekte hinterfragt.

Schließlich werden die Folgen des Ukraine-Kriegs für die Nahrungsmittelversorgung vieler afrikanischer Staaten und die Erhöhung der Ölpreise angeführt. Bemerkenswert ist ferner, dass die SADC-Staaten beschlossen haben, sich künftig bei allen Abstimmungen in internationalen Gremien zu Konflikten außerhalb des Kontinents und der Region zu enthalten.

Abzuwarten bleibt allerdings, ob sich alle Mitgliedstaaten an den Beschluss halten. Zunehmend deutlich wird aber auch, dass die Tendenz zur Multipolarität in den internationalen Beziehungen den afrikanischen Interessen entgegenkommt.

Sie ermöglicht Südafrika, nützliche Kontakte zu allen Akteuren (nicht notwendigerweise im Sinne der Äquidistanz) zu pflegen, verringert Abhängigkeiten im internationalen

Handel (vor allem wenn er sich auf den Export von Rohstoffen beschränkt) und erhöht die relative Stärke in internationalen Organisationen.

Der Beitritt zur BRICS-Staatengruppe gewinnt insoweit zunehmend an Bedeutung, auch wenn Südafrika, im Vergleich zu Brasilien, Russland, Indien und China, eher ein wirtschaftliches Leichtgewicht ist.

Die Kritik an den südafrikanisch-russisch-chinesischen Marinemanövern vor Durban, die als Ausfluss der Zusammenarbeit der BRICS-Staaten anzusehen sind, ist jedoch wohlfeil, auch wenn sie im Zusammenhang mit dem *Lawrow*-Besuch zu großer Publizität führte.

Auch jenseits der kürzlich vom BMZ verkündeten Afrika-Strategie täten wir daher gut daran, gemeinsam und gleichberechtigt mit unseren afrikanischen Partnern zu prüfen, welche Vorhaben und Maßnahmen wirklich im gemeinsamen Interesse liegen.

Load Shedding for ever: Schafft ESKOM die Wende?

Von Peter Conze

Das staatliche Elektrizitätsunternehmen ESKOM ist nicht in der Lage, den Energiebedarf Südafrikas sicherzustellen. Dies hat verheerende Wirkungen für das Land. Die Wirtschaft nimmt Schaden und kann ihre Kapazitäten nicht nutzen. Die hohe Arbeitslosigkeit wächst weiter. Die Bevölkerung leidet insbesondere in den Townships unter dem Strommangel. Die Unfähigkeit der Regierung das Problem zu lösen untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Strukturen. Kommentatoren sprechen von einer Staatskrise in Südafrika. Am 09. Februar 2023 rief der Präsident in seiner „*State of the Nation Address*“, SONA (siehe auch Artikel: State of the Nation Address und Budgetrede) angesichts der Energiekrise den Nationalen Katastrophenfall aus (*National state of Disaster*) aus. Was sind die Ursachen für die Energiekrise? Wie will die Regierung die Probleme lösen?

Energieknappheit war voraussehbar

Bereits Ende der 1990er Jahren war absehbar, dass es zu einem Energiemangel kommen könnte. Nach Ende der Apartheid war es vorrangiges Ziel der neuen Regierung, die Lebensbedingungen der unter dem Apartheid Regime benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu verbessern, so auch deren Stromversorgung. Dies und das Wirtschaftswachstum hatten logischerweise einen erhöhten Energiebedarf zur Folge.



ESKOM-Wartungsarbeiten

Konsequente Wartung der existierenden Anlagen und Ausbau neuer Kapazitäten wären notwendig gewesen, aber das geschah nicht in angemessenem Maße.

Im Jahr 2007 war ESKOM erstmals nicht in der Lage den zunehmenden Energiebedarf der stetig wachsenden Bevölkerung zu bedienen. 2008 kam es zum ersten Mal zur gezielten Abschaltung der Elektrizität, dem sogenannten Load Shedding.

Geplant und zuvor angekündigt, so das Konzept, wurden verschiedene Kundengruppen bzw. bestimmte Regionen oder Stadtviertel rotierend vom Netz genommen, um einerseits die Nachfrage zu senken und so das Verteilernetz zu entlasten und andererseits den Mangel gerecht zu verteilen.

Hierdurch sollten dann vor allem notwendige Reparaturen und normale Unterhaltung ermöglicht werden. Diese Stromabschaltungen brachten erhebliche Probleme für die Wirtschaft mit sich, aber auch für die gesamte Bevölkerung. Insbesondere litt der ärmere Teil. Generatoren oder Solaranlagen können sich nur wenige leisten.

Load Shedding - Teil des täglichen Lebens

Load Shedding wurde seitdem zu einem Bestandteil des südafrikanischen Lebens, war jedoch zunächst die Ausnahme bei einer immer noch leidlich funktionierenden Elektrizitätsversorgung. Ab 2018 verschärfte sich die Situation erheblich:

Während in 2018 Stromabschaltungen an 14 Tagen im Jahr stattfanden, waren es in 2019 bereits 30, in 2020 waren es 54 Tage, in 2021 waren es 75 Tage, und in 2022 waren es über 200 Tage. Seit dem 01.09. 2022 hat mit Ausnahme eines Tages im Oktober jeden Tag Load Shedding stattgefunden.

Damit ist die tägliche Abschaltung der Stromversorgung, jetzt auch nicht mehr für wenige Stunden, sondern oft für mehr als halbe Tage, nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel in Südafrika.

Dramatische Zuspitzung der Stromkrise

Diese dramatische Situation wurde während der letzten Monate in Südafrika zu einem zentralen Thema der Politik.

Für die Gründe der verschärften Engpässe gibt es unterschiedliche Interpretationen.

ESKOM Chef *Andre de Ruyter*, vor 3 Jahren als Sanierer angetreten, sprach im Dezember 2022 von stichhaltigen Belegen für Sabotage und Korruption. Energie- und Bergbauminister *Gwede Mantashe* warf ihm vor, die ANC-Regierung mit den Stromabschaltungen stürzen zu wollen. Kurz nach diesen Beschuldigungen kündigte *de Ruyter* seinen Rücktritt für Ende März 2023 an. Wenige Tage darauf soll es einen Giftanschlag auf ihn gegeben haben. Inzwischen hat *de Ruyter* seine Korruptionsvorwürfe präzisiert und höchste Kreise im ANC der Mitwisserschaft beschuldigt. Er hat seinen Job niedergelegt und angekündigt, aus Sorge um sein Leben das Land zu verlassen.



ESKOM Chef Andre de Ruyter

Im Dezember 2022 genehmigte die zuständige staatliche Aufsichtsbehörde NERSA eine Erhöhung der Strompreise zwar nicht um die von ESKOM beantragten 32%, wohl aber um 18,65%. Wenn auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht wahrscheinlich absolut notwendig, sorgte diese Entscheidung angesichts der unzureichenden Stromversorgung im Land für Empörung. Anfang Januar 2023 kam die Aussage von ESKOM, dass mindestens mit 2 weiteren Jahren Load Shedding zu rechnen sei. Außerdem gab es Vermutungen, die hochverschuldete ESKOM habe keine Finanzen mehr für Dieselkäufe für die extrem teuren Notfall-Turbinen, die eigentlich nur Spitzenbedarf abdecken sollen.

Wie ernst *Ramaphosa* die Situation empfand, wurde dadurch deutlich, dass er von einem „national disaster“ sprach, seine Reise nach Davos zum Weltwirtschaftsforum Mitte Januar 2023 kurzfristig absagte und in seiner SONA am 09. Februar 2023 den Nationalen Katastrophenfall ausrief.

Situation nicht kurzfristig zu lösen

Südafrikas Energieversorgung ist im Umbruch. Das Load Shedding Problem wird nicht sofort zu lösen sein. Es scheint realistisch, dass Südafrika noch mindestens 2 Jahre mit knapper Energie leben muss. Mittelfristig muss Südafrika seine großen Potentiale an regenerativen Energien nutzen. Hierbei wird das Land auch mit großen internationalen Programmen unterstützt, wie das *Just Energy Transition-Programm* (JETP) im Umfang von 8,5 Mrd. US-Dollar, das insbesondere von Deutschland, Frankreich und den USA finanziert wird.

Südafrikas Kohlekraftwerke sind zumeist technisch veraltet und mangels notwendiger Wartung in einem schlechten Zustand. In den nächsten Jahren werden vier Kraftwerke vom Netz gehen, in der nächsten Dekade insgesamt 8 von 14. Die beiden neuesten, die zu den weltweit größten Kohlekraftwerken gehören, waren von Beginn an mit Planungs- und Konstruktionsfehlern sowie Korruptionsfällen behaftet.



Kohlekraftwerk Medupi in Limpopo

Das Kraftwerk *Medupi*, gefördert auch durch Mittel der Weltbank, ging erst 2021 mit mehrjähriger Verspätung und insgesamt 12 Jahren Bauzeit ans Netz.

Nach einer Woche Betriebszeit zerstörte eine Explosion mehrere Turbinen; von insgesamt sechs sind zurzeit lediglich drei in Betrieb. Das andere neue Kraftwerk, Kusile, startete den Teilbetrieb ebenfalls mit jahrelanger Verzögerung im Juni 2022 mit vier der sechs Turbinen. Zurzeit ist nur eine in Funktion, die zweite soll Mitte 2023 wieder ans Netz gehen und eine weitere Mitte 2024. Experten sind jedoch skeptisch, ob diese Daten gehalten werden können ([hier](#)).

Neben Kohlekraftwerken gewinnt nach jahrelanger Verspätung gegenüber der ursprünglichen Planung alternative Energie langsam an Bedeutung in Südafrika. Dieser Prozess wird bisher fast nur vom Privatsektor vorangetrieben. Engpass für den Ausbau ist aber insbesondere das veraltete und von der Kapazität her nicht ausreichende Verteilungsnetz.

Es wird darauf ankommen, durch konsequentes kompetentes Management die Restlaufzeit der Kohlekraftwerke noch optimal zu nutzen und zugleich die alternativen Energien mit Hochdruck weiter auszubauen, insbesondere durch attraktive Rahmenbedingungen für den Privatsektor.

Was nun, Präsident Ramaphosa?

In seiner SONA hat Präsident *Ramaphosa* Load Shedding unter den aufgeführten Problembereichen als das am dringendsten zu lösende aufgeführt. Dabei unterstreicht er insbesondere die Rolle von Privatinvestitionen bei der Energiegewinnung sowie den Beitrag, den Firmen und Privathaushalte durch Solaranlagen auf Dächern beitragen sollen.

Das schnelle und unbürokratische Handeln sollen dabei die Ausrufung des Katastrophenfalls und der daraus resultierende Disaster Management Act ermöglichen. Dadurch können insbesondere Entscheidungswege verkürzt und zusätzliche Finanzen schneller mobilisiert werden. Was das konkret im Falle der Stromkrise bedeuten kann, bleibt zunächst offen.

Darüber hinaus hat *Ramaphosa* die Ernennung eines Energieministers in der *Presidency* angekündigt. Er setzt damit seine Politik fort, die *Presidency* gegenüber den Fachministerien zu stärken.

Der neue Minister soll die volle Verantwortung für die Überwachung aller Maßnahmen zur Beendigung der Elektrizitätskrise übernehmen einschließlich der Aufsicht über das National Energy Crisis Committee of Ministers.

Ramaphosa scheint verstanden zu haben, dass es sich bei der dramatischen Energiekrise nicht um ein technisches Problem handelt, sondern dass es um das Vertrauen in die Regierung geht und letztlich die Stabilität des Landes gefährdet ist.

Die ESKOM-Krise reiht sich ein in den Niedergang so gut wie aller Staatsbetriebe – von der nationalen Fluggesellschaft über die Eisenbahn bis zur Post oder die Hafenbetriebe. Für Ramaphosa persönlich geht es um seine politische Zukunft. Im Frühjahr 2024 stehen Präsidentschaft- und Parlamentswahlen an. Auch die Chancen für seine Partei, den ANC, stehen so schlecht wie nie zuvor.

Quo vadis Südafrika?

Hans Werner Bussmann

Der ANC-Nationalkongress tagte vom 16.-21. Dezember 2022, nicht unerwartet, in ziemlich aufgeheizter Atmosphäre, hat jedoch, von den Personalentscheidungen abgesehen, kaum richtungs- und zukunftsweisende Beschlüsse gefasst. Der südafrikanische Präsident und ANC-Vorsitzende *Cyril Ramaphosa* verwies einmal mehr auf die Notwendigkeit zu Reformen, den Kampf gegen Korruption und soziale Reformen, um die zunehmende Zahl der Schwächeren vor dem Schlimmsten zu bewahren.



Teilnehmer beim ANC-Nationalkongress

Nach der Unterbrechung im Dezember und Wiederaufnahme des Parteitags im Januar 2023 wurden zwar weitere wichtige Themen, wie die Landreform, die nationale Krankenversorgung (angelehnt an das britische Modell) und die immer angespanntere Situation bei der Energie – und Wasserversorgung behandelt, ohne dass dazu jedoch nennenswerte Ergebnisse erzielt wurden.

Der Kongress stand ganz im Zeichen der Personalpolitik und damit - in einem uns nicht bekannten Umfang - der Wahrung persönlicher Interessen (Posten, Einfluss und Zugang zu staatlichen Mitteln) sowie den Interessen der eigenen Klientel.

Weiterhin keine Alternative zu Ramaphosa

Kurz vor dem Kongress sah es für kurze Zeit danach aus, also ob Präsident *Ramaphosa*, müde und erschöpft, angesichts der mögli-

chen Einleitung eines parlamentarischen Verfahrens zu seiner Absetzung wegen der Phala-Phala-Affaire zurücktreten würde ([vgl. DeSaFor-NL Dez. 2022](#)).

Enge Berater und Freunde konnten ihn schließlich davon überzeugen, dass er dem Land damit mehr schaden als nützen würde. Weit und breit sei kein ANC-Politiker zu sehen, der die Statur und den Rückhalt hätte, um den bisherigen Vorsitzenden zu ersetzen und die immer dringlicher werdende Wende zum Besseren einzuleiten.

Ramaphosa schaffte es kurz vor dem Kongress binnen Tagen, dass fast alle ANC-Abgeordneten auf Druck der Parteiführung auf die Einleitung des vorgenannten Absetzungs-Verfahrens verzichteten.

Nur seine frühere Herausforderin *Nkosazana Dlamini-Zuma* und zwei andere Abgeordnete stimmten dafür. *Ramaphosa* konnte sich bei den Wahlen zum Parteivorsitz mit einer beachtlichen Mehrheit von 579 Stimmen gegen seinen Herausforderer aus dem Zuma-Lager, *Zweli Mkhize*, durchsetzen. Außerdem kamen bei den Wahlen zum *National Executive Committee* (NEC) des ANC, dem höchsten Parteiorgan zwischen den Parteitagen, deutlicher als erwartet „seine“ Kandidaten und Kandidatinnen zum Zuge.

Ferner ist bemerkenswert, dass die mitgliederstärkste Provinz, Kwa Zulu Natal, aus der auch der frühere Partei- und Regierungschef *Jacob Zuma* stammt, in der ANC-Führungsebene nicht mehr vertreten ist.

Mit diesem für *Ramaphosa* positiven Ergebnis erwarteten nationale wie internationale Beobachter, dass der Präsident der Hoffnung vieler Südafrikaner und Südafrikanerinnen entsprechen werde und

- Politiker/innen aus dem Kabinett und in anderen Führungspositionen, denen durch die Zondo-Kommission gravierendes Fehlverhalten nachgewiesen wurde, entlassen würden
- drastische Reformschritte in der Regierung und vor allem in den staatseigenen Betrieben durchsetzen könnte.

Für viele südafrikanische Bürger und für die Privatwirtschaft steht schon heute fest, dass der ANC seine Mehrheit bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 2024 verliert, wenn es *Ramaphosa* nicht endlich gelingt, das Ruder herumzureißen und mit mutigen Schritten das Land aus dem tiefen Loch der ständigen Stromabschaltungen und der zunehmenden Unterbrechung der Wasserversorgung herauszuführen. Gleiches gilt für den Kampf gegen die weiter stark zunehmenden Gewaltkriminalität sowie ausufernde Korruption und Vetternwirtschaft.

Die sich daraus ergebenden Probleme zermürben die Gesellschaft und führen zur Schließung an sich gesunder Unternehmen und damit zum Verlust vieler Arbeitsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten, auch im informellen Sektor. Ebenso die medizinische Versorgung, der öffentliche und private Nahverkehr, der Schulunterricht und viele andere Aspekte der Grundversorgung mit staatlichen Dienstleistungen („*service delivery*“), auf die gerade benachteiligten Bevölkerungsschichten angewiesen sind, verschlechtern sich zunehmend, vom Ausbau dieser für ein funktionierendes Gemeinwesen unerlässlichen Dienste ganz zu schweigen.



Loyale Gefolgsleute im NEC mit eigenen Problemen

Trotz des komfortablen Abstands von 579 Stimmen (2019 betrug der Abstand zur damaligen Herausforderin und Vertreterin des Zuma-Flügels, *Nkosazana Dlamini-Zuma*, nur 179 Stimmen) bei der Wahl zum Parteichef wird *Cyril Ramaphosa* nicht einfach „durchregieren“ können. Zu knapp war der Vorsprung einiger Mitglieder bei den Wahlen zum NEC, zu kompliziert und intransparent ist das Machtgefüge innerhalb des ANC.

Auch der stellvertretende ANC-Präsident *Paul Mashatile* gewann mit einer beachtlichen Marge von 320 Stimmen. *Mashatile* hielt sich vor und während des Kongresses sehr bedeckt und unterstützte wie schon 2017 weder *Ramaphosa* noch dessen Gegenkandidaten. Viele Beobachter vermuten, dass er Ambitionen hat, bei der nächsten bietenden Gelegenheit, ggfs. schon vor den Parlamentswahlen 2024, Nachfolger des amtierenden Präsidenten zu werden.

Generalsekretär *Fikile Mbalula* wurde mit einem Vorsprung von 102 Stimmen gewählt. Er war führend in der ANC-Jugendliga tätig und ist seit 2009 Kabinettsmitglied. Er überlebte viele Skandale, gilt aber als guter Organisator und besonders loyaler Gefolgsmann des Präsidenten.

Der ANC-Vorsitzende (in Südafrika ein eigenes Amt neben dem Parteichef, dessen Inhaber vor allem nach innen wirkt) *Gwede Mantashe* kommt, wie der Präsident, aus der Gewerkschaftsbewegung, gilt als loyaler Unterstützer des Präsidenten und versteht es, Mehrheiten in der Partei und in politischen Gremien herbeizuführen.

Sein Vorsprung zum Gegenkandidaten betrug jedoch nur 44 Stimmen. Er gilt außerdem als vorbehaltloser Unterstützer der Kohleerzeugung in Südafrika und damit als Gegner der *Erneuerbaren Energien* (EE).

Die 1. stellvertretende Generalsekretärin *Nomvula Mokonyane* konnte einen Vorsprung von lediglich 50 Stimmen verbuchen.

Sie gilt als eng verbundene Gefolgsfrau von *Zweli Mkhize*, die als Wasser-Ministerin unter *Zuma* total versagte. Die ZONDO-Kommission hat ihr allein einen ganzen (Teil-) Band (von insgesamt 16 Bänden) gewidmet.

Die 42jährige 2. stellvertretende Generalsekretärin *Maropene Ramokgapa* war bisher außenpolitische Beraterin *Ramaphosas*, aber auch Koordinatorin der ANC-Frauenliga, was zu dem sehr beachtlichen Vorsprung von 425 Stimmen geführt haben dürfte. Die Medizinerin wurde als die schlechteste Bürgermeisterin Südafrikas (in Tshwane/Pretoria und Umland von 2006 bis 2010) bezeichnet und scheint sowohl den Präsidenten wie den neuen Vize-Präsidenten zu stützen.

Alles in allem wird *Ramaphosa* mehrheitlich von NEC-Mitgliedern umgeben, die ihm zwar loyal zur Seite stehen, deren Ruf aber nicht unumstritten ist, was wohl darauf zurückzuführen ist, dass er parteiintern Kompromisse eingehen musste.

ANC verliert weiter an Rückhalt

Auch die Tatsache, dass die längst erwartete Kabinettsumbildung bis zum Redaktionsschluss nicht erfolgte, spricht dafür, dass der Präsident nicht so stark zu sein scheint, um nun die wirklich mutigen Schritte einleiten zu können.

Der Zwang zu vielfältigen innerparteilichen Kompromissen, die ihn daran hindern, das Kabinett zu verkleinern und sich problematischer Kabinettsmitglieder zu entledigen, dürfte Grund für die Verzögerung sein.

Die Situation hat sich nach Interview-Äußerungen des inzwischen entlassenen CEO von ESKOM, *André de Ruyter* weiter verschärft.

Demnach sind zwei nicht namentlich genannte Kabinettsmitglieder direkt in Korruptionsaffären bei ESKOM verstrickt.

Der ANC hat - im Vergleich zu den Zeiten *Thabo Mbekis* und selbst *Jacob Zumas* - in der Bevölkerung deutlich an Glaubwürdigkeit und Rückhalt verloren.

Das hat auch zu einem deutlichen Mitgliederschwund geführt. Verzeichnete der ANC vor 10 Jahren noch über eine Million Mitglieder, so sind es jetzt wohl nur noch um die 660.000.

Das ist vor allem, aber nicht nur, auf die mangelnde Fähigkeit, an sich gute Analysen und Pläne entschlossen umzusetzen, zurückzuführen. Entscheidend haben dazu die hohe Zahl inkompetenter, häufig korrupter Politiker sowie die Entsendung zahlloser Beamter („*cadre deployment*“) ohne die notwendigen Qualifikationen für staatliche Ämter auf allen Ebenen (nicht nur in der jeweiligen Leitungsebene) beigetragen.

An diesem Bild kann auch die vergleichsweise erfolgreiche Steuerung des Landes durch die COVID-19-Pandemie nichts ändern. Gerade jetzt wären drastische Reformen in der Energie- und Wasserversorgung, im Transportwesen und der Arbeitsplatzbeschaffung erforderlich, ohne dabei übermäßige Rücksicht auf unterschiedliche Interessengruppen und Fraktionen im ANC zu nehmen.

Es scheint, dass Südafrika weiter mit dem überaus zögerlichen Präsidenten leben muss, dem es nicht gelingt, das Land zeitnah und nachhaltig aus der Misere zu führen und dem ANC 2024 die Mehrheit im Parlament zu sichern.

Jedenfalls habe ich bei vielen Gesprächen bei meinem gegenwärtigen Besuch am Kap niemanden gefunden, der davon ausgeht, dass der ANC nach den anstehenden Parlamentswahlen in der Lage wäre, wie seit 1994 weiter alleine zu regieren.



Paul Matashile

Zur Person:

Paul Matashile, stv. ANC Parteichef
geboren am 21.10.1961 in Pretoria

Anti-Apartheidsaktivist in der United Democratic Front (UDF) als Studentenführer. Nach der Bannung der UDF 1981 war er im Untergrund und 1985 - 1989 ohne Verurteilung in Haft.

Ab 1990 Mitglied des ANC und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei. Seither baute er sich in Gauteng im ANC systematisch „eine Hausmacht“ auf.

1996 - 2008 und 2014 - 2018 hatte er diverse Ämter in der Provinzregierung inne und war 2008 - 2009 Premier von Gauteng. Gilt als einer der Väter des Gautrains, des hochmodernen Zugs, der den Flughafen von Johannesburg mit Pretoria und Johannesburg und die beiden Städte untereinander verbindet. 2007 - 2017 war *Matashile* Parteichef des ANC in Gauteng.

2009 - 2014 war er Minister für Kunst im ersten Kabinett *Jacob Zumas*, der damit den mächtigen ANC-Führer der wichtigsten Provinz in die Kabinettsdisziplin einbinden wollte.

2017 - 2022 war *Matashile* Schatzmeister des ANC und von Januar bis Dezember 2022 amtierender Generalsekretär.

Matashile gilt als macht- und zielbewusster, aber umgänglicher „Parteisoldat“, der es verstanden hat, sich aus den großen internen Konflikten herauszuhalten und eine „weiße Weste“ zu behalten. Er hat sich beim ANC-Wahlkongress von Polokwane im Dezember 2007 weder für den Amtsinhaber *Thabo Mbeki* noch für dessen Nachfolger als Parteichef, *Jacob Zuma*, positioniert.

Gleiches war beim Wahlkongress 2022 zu beobachten, bei dem er sich weder eindeutig für Cyril Ramaphosa noch für Zweli Mkhize einsetzte, obschon er eigentlich als Unterstützer von Ramaphosa angesehen wurde. Die meisten Beobachter rechnen nach gegenwärtigem Stand damit, dass er dem jetzigen Präsidenten im Amt nachfolgen wird.

Was sonst noch wichtig war

Von Klaus Brückner

Nachtrag 1: Südafrika zu Russlands Krieg in der Ukraine

Präsident *Ramaphosa* wiederholte in seiner *State of the Nation Address* (SONA) nur kurz die unveränderte Position Südafrikas sowie seine große Besorgnis über den fortgesetzten „Russland-Ukraine-Konflikt“ und forderte alle Parteien zur Waffenruhe und Suche nach einer friedlichen Lösung auf.

Außenministerin *Naledi Pandor* hatte zuvor den russischen Außenminister *Lawrow* auf dessen Afrikareise freundschaftlich empfangen; beide Seiten versicherten sich gegenseitiger Freundschaft und vereinbarten eine vertiefte Zusammenarbeit.

Entsprechend enthielt sich Südafrika am 24. Februar 2023, dem Jahrestag des russischen Einmarsches, bei einer erneuten Abstimmung der VN-Generalversammlung über die Verurteilung Russlands, gemeinsam mit 31 weiteren Staaten. Der auch von Deutschland initiierte Antrag wurde dennoch mit großer Mehrheit von 141 Staaten angenommen.

Die 23 Botschafter*innen der EU und der in Südafrika vertretenen EU-Mitgliedstaaten haben in der südafrikanischen Presse in einer gemeinsamen Erklärung die russische Aggression als „eklatante Verletzung grundlegender UN-Prinzipien und des Völkerrechts“ verurteilt und falsche Behauptungen Russlands deutlich zurückgewiesen ([hier](#))

Nachtrag 2: Korruption - kein Ende in Sicht?

Die Veröffentlichung des umfassenden Berichts der ZONDO-Kommission „*Inquiry into State Capture*“ (vgl. [Newsletter 11/22](#)) in 2022 war mit großer Erleichterung aufgenommen worden. Alles schien aufgeklärt, viele Verantwortliche waren identifiziert und Beweise vorgelegt. Präsident *Cyril Ramaphosa* kündigte entschlossen die Rückgewinnung unterschlagener Gelder und die Strafverfolgung der Beschuldigten an. In seiner SONA konnte er über einige Fortschritte bei der Aufarbeitung berichten. Doch die Genugtuung währte nicht lange.

Während die Südafrikaner sich zu Jahresbeginn 2023 mit immer drastischeren Einschränkungen der Energieversorgung durch den heruntergewirtschafteten Staatsmonopolisten ESKOM konfrontiert sahen, erfuhren sie von *Andre de Ruyter*, dem Vorstandsvorsitzenden, von unverändert kriminellen Machenschaften.

De Ruyter, der sein Arbeitsverhältnis bei ESKOM zum 31. März 2023 gekündigt hatte, sah sich nach einem Giftanschlag veranlasst, der Öffentlichkeit zu berichten, dass der Konzern mit Wissen aktiver Politiker – unter ihnen zwei nicht öffentlich benannte Kabinettsmitglieder - von vier Mafia-ähnlichen Kartellen beherrscht werde. Auch sei die für die *Just Energy Transition* (JET) angekündigte internationale Finanzierung von 8,5 Mrd. US-Dollar bereits ein „Objekt der Begierde“ krimineller Vereinigungen und Politiker, die davon in größerem Umfang profitieren wollten.

De Ruyter wurde nach diesem Interview fristlos entlassen. Der ANC wies die Anschuldigungen umgehend als Ablenkungsmanöver des „gescheiterten Managers“ zurück.

Ein ANC-Sprecher forderte ultimativ die Benennung von „Ross und Reiter“. Dieser ist *de Ruyter* noch nicht nachgekommen. Er lässt verlauten, dass er vor geraumer Zeit die Namen bereits *Minister P. Gordhan* und der *Presidency* genannt habe.

Südafrika auf der „Grey List“ der FATF

Die Entscheidung der bei der OECD in Paris ansässigen „Financial Action Task Force“ (FATF), Südafrika auf die *Globale Graue Liste* zu setzen, überraschte nicht. ([hier](#))

Mit dieser Maßnahme stellte die für den Kampf gegen internationale Geldwäsche und illegale Finanzströme verantwortliche FATF Südafrika und Nigeria unter verschärfte Beobachtung, ob sie ihre Selbstverpflichtungen zur Einführung wirksamer Kontroll- und Sanktionsmechanismen zeitgerecht erfüllen würden. Für Südafrika sei das „keine Katastrophe“, so Präsident *Ramaphosa*. Tatsächlich ist „greylisting“ ein Risikoindikator, der nicht mit der Einstufung durch Ratingagenturen vergleichbar ist.

Dennoch: „Greylisting“ löst in der EU und in Großbritannien höhere Sorgfaltspflichten bei Finanztransaktionen aus, die mehr Kontrollen und längere Ausführungszeiten zur Folge haben. Ein komplizierter und verzögerter Kapitalfluss behindert die Export-/Importwirtschaft, die dringend notwendigen Investitionsströme ebenso wie private Geldtransfers zwischen Südafrika und Europa.

Endlich - die Kabinettumbildung

Sie wurde vom Präsidenten am 06.03.2023 in einer Fernsehrede verkündet: die Neuaufstellung des Kabinetts. Aufgrund der zahlreichen Spekulationen im Vorfeld waren die Erwartungen eines „Befreiungsschlages“ des nach den ANC-Wahlen erstarkten *Cyril Ramaphosa* hoch. Doch er hat, wie so häufig, eine ausgewogene Entscheidung gesucht, und er hat sich zudem, auch mit Blick auf eine Wiederbelebung des einst erfolgreichen strategischen Bündnisses, im Vorfeld eng mit der COSATU und dem SACP abgestimmt.

Auf der Hand lag dabei die Berufung von *Paul Mashatile* als Vizepräsident – das Amt, das ihm mit der Wahl zum Stellvertretenden ANC-Präsidenten zusteht.

*Ramaphosa*s Herausforderin bei der Wahl zum Parteivorsitz 2018, die mächtige Ministerin für „Cooperative Governance“, *Nkosazana Dlamini-Zuma*, hatte sich im Parlament vor einigen Wochen noch für seine Amtsenthebung ausgesprochen.

Der Präsident nahm ihr zwar das wichtige Ministerium für kooperative Regierung, berief sie aber zur Ministerin für Frauen, Jugend und behinderte Menschen im Präsidentsamt.

Die bisherige Amtsinhaberin *Nkoana-Mas-habane* sowie die Querdenkerin *Lindiwe Sisulu* (Tourismus) entließ er. Neu berief er mehr weibliche und jüngere Kabinetttmitglieder: *S.L. Chikunga* als Verkehrsministerin, *T. Nkadimeng* als Ministerin für Cooperative Governance; *Maropene Ramokgopa* als Ministerin für Planung, und Evaluierung in der *Presidency* und *K. Ntshavheni* als Chef des Präsidentsamtes; sie sind alle jünger als 50 Jahre.

Den „heißen Stuhl“ auf dem neu geschaffenen Posten des Ministers für Elektrizität in der *Presidency* hat der Präsident einem erfahrenen und qualifizierten Umsetzer anvertraut: *Kgosientsho Ramokgopa* war in der Kommunal- und Provinzverwaltung tätig und soll nun die Umsetzung des von Fachleuten erstellten Energieaktionsplans steuern und überwachen.

Impressum:

Redaktion: DeSaFor-Vorstand
Deutsch-Südafrikanisches Forum e.V.

Die Artikel sind von den jeweiligen Autoren zu verantworten.

V.i.S.d.P.: Hans-Werner Bussmann